

Ergebnis der Mitgliederbefragung zur Forderungen an die neue niedersächsische Landesregierung

⇒ **Umfragezeitraum: 23.01.2013 – 30.01.2013**

⇒ **Fragen:**

- 1. Welche Forderungen möchtet ihr in den anstehenden Koalitionsverhandlungen berücksichtigen?**
- 2. Wofür wollen wir uns besonders einsetzen?**
- 3. Was ist euch besonders wichtig?**

⇒ **Nach Themen zusammengefasste Antworten (A.-M.)**

A. Allgemein:

- Stoffkreisläufe berücksichtigen
- Auf jeden Fall Agrarwende – aufbauend auf die Forderungen der „Wir haben es satt.“ Demos
- Verankerung aller Wahlversprechen von SPD und Grünen im Koalitionspapier
- Abschaffung der Klientelpolitik, Stärkung der Positionen von Tierschutz- und Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, Verbrauchern
- Naturschutz !
- Tierschutz !
- Anwendung ethischer Prinzipien bei allen Entscheidungen
- keine „Wahllügen“, alles umsetzen, was versprochen wurde! Offenheit, Ehrlichkeit, nicht dem üblichen Politikstil anpassen
- Politik an der Realität ausrichten
- wissenschaftliche Begleitung aller landwirtschaftlichen Veränderungen, keine Parolenpolitik
- Eindämmung der Verflechtung von Agrarlobby, Agrarindustrielobby, Teilen der Politik und öffentlichen Verwaltung
- Initiative zur Stärkung kleiner, mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe
- Schaffung von echten Freiräumen für wildlebende Tiere
- bürgerfreundliche Erörterungstermine, Genehmigungsverfahren, Stellung von Rechtsberatung und Gutachtern, Beratern für BI's (unter festzulegenden Bedingungen, einschließlich deren Bezahlung)

Das LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* ist ein Zusammenschluss von über 120 Bürgerinitiativen und Verbänden aus Niedersachsen die sich gegen die Agrarindustrie und deren negativen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und für das Tierwohl einsetzen. Hinter dem Netzwerk stehen über 250.000 Menschen aus ganz Niedersachsen.

B. Tierhaltung:

- Agrarfabriken sofort abschaffen, keine Tierqualfabriken für alle Tierarten
- Nds. „Filtererlass“ überarbeiten und umsetzen
- Keimfilter grundsätzlich vorschreiben
- Nutztierschutz ohne wenn und aber...
- Tierbestandsobergrenzen hinsichtlich UVP deutlich (so weit wie möglich) senken
- Antibiotikaeinsatz (Medikamenten-) auf das notwendigste Maß reduzieren, transparente Datenbanken, Kontroll und Sanktionsmöglichkeiten schaffen
- bestehende Tierschutzgesetze und Verordnungen umsetzen, verbessern, Sanktionsmöglichkeiten schaffen, Vollzugsdefizite beseitigen
- Umsetzung Tierschutzplan von Christian Meyer, Grüne
- Änderung §201 BauGB mit Einführung einer faktischen Futtergrundlage
- grundsätzlich mehr Platz pro Tier und kleinere Bestandseinheiten
- zwingend vorgeschriebene tatsächliche eigenbetriebliche Futtergrundlage bei Tierhaltung
- Schutzmaßnahmen für Bienenvölker erarbeiten/Umsetzen, Rechte von Imkern stärken
- Tierschutzaufgaben auch für Puten, Enten, Kaninchen beachten, einführen
- alle Wahlversprechen zur Tierhaltung umsetzen, dabei die Interessen der Bauern berücksichtigen, keine Nachteile zu Lasten der Bauern
- max. Zahl der gehaltenen Tiere in Nds. so begrenzen, dass ein Umweltverträgliches Maß erreicht wird
- Sicherstellen, dass Antibiotika nicht durch die Art der Anwendung als Wachstumsbeschleuniger missbraucht werden mit entsprechenden Kontrollen (regelm. Tränkwasserkontrollen)
- Abschaffung aller tierquälerischen Handlungsweisen wie betäubungslose Kastration, Schnabelkürzen, Enthornen, betäubungsloses Schlachten, Akkordtötung in Schlachthöfen
- Anzahl der Tiere auf einem Hof, muss sich orientieren an der vorhandenen Fläche des Betriebes zur Futterproduktion und zur Ausbringung der Gülle
- Weidehaltung bei Milchkühen und in der Rinderzucht muss wieder der Normalfall werden
- Abschaffung der finanziellen Förderung (Förderprogramme) bei agroindustriellem Maststallbau
- wenn durch verbesserte Haltungsbedingungen in Deutschland die Geflügelproduktion sinkt, dann keinen Ausgleich durch Lebendimporte zur Auslastung der Geflügelschlachthöfe
- Verbot von Spaltenböden, artgerechte Einstreu
- Einsatz von Antibiotika nur noch am erkrankten Tier und nicht automatisch am gesamten Bestand, bauliche Voraussetzung hierfür schaffen
- Die Bedingungen für Mastställe müssen verschärft werden (Filtereinbau, Keimgutachten, Brandschutz, Bauen im Außenraum, Zuwegung ...)

Das LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* ist ein Zusammenschluss von über 120 Bürgerinitiativen und Verbänden aus Niedersachsen die sich gegen die Agrarindustrie und deren negativen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und für das Tierwohl einsetzen. Hinter dem Netzwerk stehen über 250.000 Menschen aus ganz Niedersachsen.

- Umsetzung Tierrettung bei Brand, wie gesetzlich bereits vorgeschrieben
- Vorlegen von Tierrettungsplänen im Brandfall
- auch bestehende Mastanlagen mit Filtersystemen nachrüsten
- Beschränkung von Tiertransporten auf das notwendigste Maß und Dauer
- besondere Überprüfungen auch für kleinere Tierhaltungsanlagen, da diese oft durch alle Raster fallen, einschl. exakter Bestandsaufnahmen
- langfristig muss eine Perspektive erarbeitet werden, die Höchstbestandsgrenze gehaltener Nutztiere in Deutschland (Europa) an die auf heimischen Flächen zu erzeugende Futtermenge anzupassen bzw. zu begrenzen. Dies vor dem Hintergrund der wachsenden Weltbevölkerung, bei deren Ernährungssicherung wir es uns nicht länger leisten können, „ineffektiv“ immer mehr Fleisch zu produzieren anstatt die bisher durch Futtermittelproduktion blockierten Flächen für die direkte Erzeugung pflanzlicher Nahrungsmittel zu reservieren.

C. Gentechnik:

- Verbot von gentechnisch verändertem Saatgut
- sofortiger Stopp von Hannover-Gen
- Verbot genmanipulierter Tiere, Pflanzen, Betriebsmittel
- Gentechnikfreie Zone Niedersachsen

D. Verbraucher:

- verständliche klar erkennbare Kennzeichnung von Inhaltsstoffen auf Lebensmitteln, bei tierischen Produkten Information über Herkunft, Haltungsbedingungen
- Ausbau regionaler Vermarktungsstrukturen
- Verbraucherberatung stärken und gesamtgesellschaftliche Diskussion zur Zukunft der Landwirtschaft anregen, organisieren, begleiten, Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen
- Ernährungsunterricht, -kunde bereits ab Kindergarten, Verhinderung frühkindlicher Konditionierung unserer Kinder auf vermeintlich billige Fleischprodukte
- gesunde Lebensmittel
- Aufräumen mit dem Argument „Der Verbraucher will doch billige Lebensmittel, der will das doch so.“ Die Politik soll den Verbraucher vor „Billiglebensmitteln“ schützen (entsprechende Maßnahmen erarbeiten)
- VeggieDay (in öffentlichen Einrichtungen)
- Mittel und Wege finden, die Gruppe der Einkäufer von Supermarktketten und Discountern vermarktet zum Umdenken zu bewegen
- keine Fleischüberproduktion im eigenen Land
- Verursacher von Problemen öffentlich machen

Das LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* ist ein Zusammenschluss von über 120 Bürgerinitiativen und Verbänden aus Niedersachsen die sich gegen die Agrarindustrie und deren negativen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und für das Tierwohl einsetzen. Hinter dem Netzwerk stehen über 250.000 Menschen aus ganz Niedersachsen.

E. Keine Nachteile für deutsche Bauern:

- Importbeschränkungen für z.B. Geflügelfleisch, wenn die deutsche Produktion durch Auflagen (Haltungsbedingungen etc.) verteuert wird, keine Nachteile für deutsche Bauern
- faire Preise für landwirtschaftliche Produkte, Schutz von landwirtschaftlichen Betrieben vor der Macht der verarbeitenden Betriebe und des Handels („Der Bauer darf nicht mehr länger das letzte Glied in der Kette der Wertschöpfung sein!“ und schon gar nicht als solches behandelt werden)

F. Ökolandbau:

- Ökolandbau wie in NRW mit ca. 400€/ha fördern, Förderung mit Landes- und EU Mitteln
- zur besseren Ausschöpfung der Wertschöpfungskette die deutsche Bio-Produktion fördern, Bioproduktimporte zurückfahren
- Stopp Grünlandumbruch mit entsprechender Kontrolle und Sanktionsmöglichkeit
- Stärkung des gesamten Spektrums der biologischen Vielfalt auf den Äckern (Biodiversität), alternierende Fruchtfolgen
- Randstreifenschonung, Heckenanpflanzungen, Wiedereinführung von Brachflächen
- Vermaisung stoppen, Fruchtfolgen z.B. durch entsprechende Förderung fördern
- Überlegungen anstellen, wie für die landwirtschaftlichen Betriebe bei Einhaltung der geforderten Änderungen, Verbesserungen, Auflagen eine den höheren Kosten entsprechend höhere Vergütung ihrer Erzeugnisse zu sicher zu realisieren ist
- Umstellungswilligen (Öko oder BIO) landwirtschaftlichen Betrieben für die Umstellungszeit garantierte Förderungen bewilligen, die eine sichere betriebswirtschaftliche Planung in dieser Zeit ermöglichen, aktive Animierung zur Umstellung, dabei besondere Förderung von JunglandwirtInnen
- besonderer Schutz und Erhalt für Moore
- Förderungsstrategie für einheimische Eiweißfuttermittel erarbeiten, umsetzen

G. Subventionen:

- Abschaffung unsinniger Agrarsubventionen, Subventionen zur Steuerung in Richtung Umwelt verträglicher Landwirtschaft nutzen (Wasser, Böden, Luft...)
- Einflussnahme auf EU Agrarreform, „Öffentliche Gelder nur für öffentliche Güter“
- keine Subventionierung (Wegfall) industrieller Landwirtschaft
- keine Förderung agrarindustrieller Biogasanlagen

Das LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* ist ein Zusammenschluss von über 120 Bürgerinitiativen und Verbänden aus Niedersachsen die sich gegen die Agrarindustrie und deren negativen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und für das Tierwohl einsetzen. Hinter dem Netzwerk stehen über 250.000 Menschen aus ganz Niedersachsen.

H. Genehmigungsverfahren/Recht:

- Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände
- keine Privilegierung nach §35(1)4 für gewerbliche Tierhaltungsanlagen, Initiative hierzu mit NRW mit Ziel Erarbeitung einer Länderposition, Absenkung der Genehmigungsschwellen nach BimSchG auf alte Werte
- Definition von Qualzucht für den Bereich der sogenannten Nutztiere, deren Verbot sowie das Verbot des Imports von nach der Definition qualgezüchteten Tiere nach Niedersachsen bzw. Deutschland
- Abschaffung, Änderung des privilegierten Baurechts für Landwirte, Reform §35 BauG
- Gesetzesinitiative für ein staatliches Tierschutzlabel
- Verhinderung der vorliegenden Baurechtsnovelle vor den Bundestagswahlen (mit anderen rot/grünen Landesregierungen)
- Privilegierung Landwirtschaft nur bis BimSchG Genehmigungsgrenze
- Stärkung, Verbesserung, Veto-Recht für Kommunen bei Genehmigungsverfahren, ohne Verpflichtung Baugebiete ausweisen zu müssen
- Rechte der Gemeinden zur Verhinderung von Agrarfabriken mit mehr als 1.500 Schweinemast-, 560 Sauen-, 600 Rinder- und 15.000 Geflügelplätzen müssen über die Novelle des Bundesbaugesetzbuchs rasch verankert werden
- zur Sicherung des Tierschutzes muss es einen unabhängigen Tierschutzbeauftragten für Niedersachsen geben, intensive Zusammenarbeit mit Verbänden und Initiativen, runder Tisch Tierschutz
- ethische Aspekte sollen ausdrücklich in Tierschutzgesetzen und -verordnungen und in Genehmigungsverfahren (BimSchG) berücksichtigt werden müssen
- eine Bundesratsinitiative (falls dieses nicht schon geschehen ist), eine Änderung des § 201 BauGB erwirkt wird, wonach a) bei Anlagen im Außenbereich das für die Tiere erforderliche Futter tatsächlich bis zur Hälfte selbst produziert wird und b) ein entsprechender konkreter Nachweis dafür zu erbringen ist
- Keimgutachten sollen Bestandteil von Antragsunterlagen zu Mastställen werden

I. Milch:

- Im Milchbereich für klare Regeln zu sorgen
- Stärkung der Marktstellung der Milchbauern gegenüber den Molkereikonzernen mit einer Mengenregulierung und fairen Erzeugerpreisen

J. Wirtschaftsdünger, Gülle, Dünger:

- Wiederherstellung der Qualität (Nitrat) und Schutz des Grundwassers in Nds. (vor allem

Das LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* ist ein Zusammenschluss von über 120 Bürgerinitiativen und Verbänden aus Niedersachsen die sich gegen die Agrarindustrie und deren negativen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und für das Tierwohl einsetzen. Hinter dem Netzwerk stehen über 250.000 Menschen aus ganz Niedersachsen.

Tierhaltungsregionen)

- Gülle-Entsorgung vor Ort (regional), kein Gülletourismus, Güllebehandlung zur Reduzierung von Medikamentenresten (Hormone)
- Schaffung eines Katasters für Gülle und Mist sowie Pestizide
- Antibiotika-, Medikamentenreste in Hühnerkot sollen analysiert werden, Ausbreitungspfade und Auswirkungen von Antibiotikaresten und resistenten Keimen aus Mastställen, über Böden, Wasser und Pflanzen bis hin zum Verbraucher sollen untersucht werden und entsprechende Konsequenzen eingeleitet werden
- Verbot von uranhaltigem Phosphatdünger
- Wiederherstellung der Qualität (Nitrat) und Schutz des Grundwassers in Nds. (vor allem Tierhaltungsregionen)
- Pestizid-Minimierungskonzept erarbeiten und umsetzen (Stichwort: „stummer Frühling“)
- Erstellung eines Katasters und gleichzeitig Kontrollen des Bodenzustands in Niedersachsen und auch des Grundwassers (Nitrat, Uran, Antibiotika, Medikamentenrückstände, gefährliche Viren, Bakterien, Pilze etc.)

K. Sonstiges, Gedanken:

- Bedarfsprüfung der Notwendigkeit weiterer Schlachtkapazitäten in Megaschlachthöfen und von weiteren Ställen in der Megamassentierhaltung, gegebenenfalls für beides keine weiteren Genehmigungen oder Verbot
- Tierschutz- und Umweltverbände wie auch große Zusammenschlüsse von (Bürger-)initiativen, -gruppen müssen gefördert werden, eine finanzielle Grundabsicherung dafür ist einzuführen
- Überdenken der Strukturen bei der Landwirtschaftskammer (Kontrollfunktionen), keine Gelder für reine Lobbyarbeit
- Nachfahrverbot für landwirtschaftliche Maschinen auf Äckern und Wiesen (Menschen und Tiere kommen nicht mehr zur Ruhe)
- Verbesserungen und strenge Kontrollen der Arbeitsbedingungen in der Massentierhaltung und auf Schlachthöfen
- globale Auswirkungen unserer Massentierhaltung beachten (Entwicklungsländer, Regenwald, Futtermittelimporte, Raubbau an Ressourcen...), Konsequenzen daraus ziehen und umsetzen, Vorgehen...
- die Landesregierung sollte landwirtschaftlichen Alternativen eine Medienplattform (z.B. Internet etc.) anbieten
- Bürgerinitiativen haben in der Vergangenheit oft mit Hilfe eigener Gutachten und Rechtsanwälten in Genehmigungsverfahren Aufgaben übernommen, die eigentlich von den Behörden bzw. Antragstellern hätten erledigt werden müssen. Nicht selten wurden dabei Gutachten der LWK als Gefälligkeitsgutachten enttarnt, zumindest gravierende Fehler aufgedeckt, die erfahrenen Gutachtern nicht unterlaufen sollten. Andererseits wären ohne den Einsatz der Bürgerinitiativen viele falsche Berechnungen oder

Das LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* ist ein Zusammenschluss von über 120 Bürgerinitiativen und Verbänden aus Niedersachsen die sich gegen die Agrarindustrie und deren negativen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und für das Tierwohl einsetzen. Hinter dem Netzwerk stehen über 250.000 Menschen aus ganz Niedersachsen.

Rechtsauffassungen nicht erkannt worden und hätten zu unrechtmäßigen Genehmigungen geführt. Diese „Schwachstellen“ in Genehmigungsverfahren müssen

thematisiert werden. Es sollte eine Möglichkeit geschaffen werden, um Bürgerinitiativen einen finanziellen Ausgleich für die erheblichen Kosten für Gutachter und Rechtsanwälte gewähren zu können. Genehmigungsverfahren müssen transparenter und vor allem für „Normalbürger“ verständlicher gemacht werden. Dem Bürger nutzen seine Rechte nichts, wenn von Behördenseite nichts getan wird, außer ihm Einsicht in hunderte Seiten Fachliteratur (=Antragsunterlagen) zu gewähren und ihn dazu noch in EÖT's zu maßregeln, weil ihm das BImSch-Verfahren nicht bis in alle Einzelheiten bekannt ist.. Bürgerfreundlichkeit muss hier umgesetzt werden. Gutachten der LWK scheinen auf Grund der Nähe Antragsteller – LWK nicht immer unabhängig zu sein.

- Es kann nicht in unserem Interesse liegen, es den Bauern so schwer wie möglich zu machen, konventionelle Landwirtschaft zu betreiben, aber wir sollten versuchen, ihnen mit den auf ländlicher Ebene vorhandenen Mitteln einen Umstieg leichter zu machen. Dazu gehört nicht nur die stumpfe Förderung von Bio-Anbau, sondern eine Förderung von kleinen Absatzorganisationen in dieser Kulturform. Meines Erachtens steigen viele Landwirte und Gartenbauer auch nicht um, weil es in ihrer Region gar keine Vermarktungsstrukturen für nachhaltig produzierte Produkte gibt, die auch eine gewisse Verhandlungsmacht gegen den konzentrierten Einzelhandel mitbringen.
- Entlang der Wertschöpfungskette braucht es meiner Meinung nach stärkere Ambitionen, die Kennzeichnung landwirtschaftlicher Produkte zu verbessern. Es muss hervorgehoben werden, welche Lebensmittel mit gentechnisch veränderten Mitteln produziert werden. Es ist auch ein Unding, dass die Herkunft von Obst und Gemüse nach einem weiteren Verarbeitungsschritt (Einfrieren/Einkochen) plötzlich keine Rolle mehr spielt und die Haltungsform der Eier in verarbeiteten Produkten nicht gekennzeichnet ist. Der Endverbraucher ist bereit, mehr für sein Essen auszugeben, wenn er diese Wertigkeit garantiert bekommt und sie auch sehen kann. Nur ein informierter Verbraucher kann einen Einfluss auf das Nahrungsmittelangebot in seinem Supermarkt haben und damit auch auf Herkunft und Produktionsweise dieser Nahrungsmittel. Während die Kennzeichnungspflicht meines Wissens nach mehr eine Sache für den Bundesrat ist, läge das Einführen von Regionallabels um Großstädte und die Förderung von nachhaltigem Ernährungs- und Konsumverhalten insbesondere in den Schulen sicherlich in der Hand des niedersächsischen Landtages.

L. Und auch diese Punkte wurden angeführt:

- Abschaffung der Studiengebühren sofort
- Mindestlöhne einführen
- Rückbau aller Mastställe
- bei der Aufstellung (sogenanntes Repowering) neuer Windräder auf den geplanten Gigantismus verzichten, weil dies neue Probleme für die Umwelt (Zugvögel, aber auch

Das LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* ist ein Zusammenschluss von über 120 Bürgerinitiativen und Verbänden aus Niedersachsen die sich gegen die Agrarindustrie und deren negativen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und für das Tierwohl einsetzen. Hinter dem Netzwerk stehen über 250.000 Menschen aus ganz Niedersachsen.

Beeinträchtigungen für die anwohnenden Menschen) mit sich bringt

M. Direkte Forderungen an BÜNDNIS 90/DIE und SPD

- **Die Grünen werden aufgefordert** zu folgenden Punkten zu stehen (aus ihrem Wahlprogramm):

Unsere GRÜNEN Ziele:

- Eine vielfältige, ökologische und bäuerliche Landwirtschaft mit fairen Einkommen und ein Ende der Förderung und Privilegierung der Massentierhaltung in Niedersachsen
- Eine konsequente Umstellung der Förderung der Landwirtschaft auf Umwelt- und Tierschutz sowie gesellschaftliche Leistungen. Den Ökolandbau wollen wir angesichts steigender Nachfrage deutlich ausbauen und stärker fördern.
- Die Beendigung der einseitigen Pro-Gentechnik-Propaganda der Landesregierung. Wir werden Niedersachsen zur gentechnikfreien Region machen.
- Ein grüner Tierschutzplan, der die Grausamkeiten der industriellen Massentierhaltung Stück für Stück beendet und die Ställe wieder an den Bedürfnissen der Tiere ausrichtet. Verstümmelungen von Tieren wollen wir genauso beenden wie die Käfighaltung von Hühnern.
- Stärkung der Arbeit der VerbraucherInnen-Beratung. VerbraucherInnen müssen Produkte hinsichtlich ihrer ökologischen und sozialen Erzeugungsbedingungen und ihrer Nachhaltigkeitsbilanz bewerten können.

GRÜNES Ziel ist deshalb eine naturverträgliche und artgerechte, umwelt- und klimaschonende sowie gentechnikfreie Landwirtschaft. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil der Bewirtschaftung und Pflege unserer Regionen und Kulturlandschaften. Wir wollen auch in der Landwirtschaft mehr Klimaschutz durchsetzen. GRÜNE Politik ist auf den Schutz vielfältiger, bäuerlicher Strukturen mit fairem Einkommen und Löhnen angelegt. Industrielle Massentierhaltung, die in den vergangenen Jahren zu vielen Skandalen geführt hat, lehnen wir ab. Unser Leitbild ist eine nachhaltige und zukunftsfähige Landwirtschaft.

Und

DER GRÜNE STARTPLAN FÜR NIEDERSACHSEN: GERECHT, NACHHALTIG, TRANSPARENT

7. LANDWIRTSCHAFT NEU DENKEN: Wir werden eine Verdoppelung der Förderung des Öko-Landbaus und der Agrarumweltprogramme sicherstellen und den Neubau von Massentierhaltungsställen durch strikten Umwelt und Verbraucherschutz verhindern.

Das LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* ist ein Zusammenschluss von über 120 Bürgerinitiativen und Verbänden aus Niedersachsen die sich gegen die Agrarindustrie und deren negativen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und für das Tierwohl einsetzen. Hinter dem Netzwerk stehen über 250.000 Menschen aus ganz Niedersachsen.

- **Die SPD wird aufgefordert** zu folgenden Punkten zu stehen (aus ihrem Wahlprogramm):

Eine SPD- Landesregierung wird

- die Agrarförderung in der neuen EU-Förderperiode neu ausrichten und an die umwelt- und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen anpassen,
- durch einen Förderschwerpunkt regionale Vermarktungsstrategien sowie den Ökolandbau unterstützen und die Agrarforschung in dem Bereich des Ökolandbaus ausweiten,
- mit einem Masterplan „Gesunde Ernährung“ der Agrar- und Ernährungswirtschaft neue Marktchancen eröffnen,
- den niedersächsischen Tierschutzplan überprüfen und wo nötig anpassen, um die notwendigen Umstellungsprozesse in der Nutztierhaltung konsequenter zu unterstützen,
- die stufenweise Qualitätssicherung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch Kontrolle im Produktionsprozess verbessern,
- die Regelungen zum Schutz von Wasser und Boden verbessern und die Nachhaltigkeitswende in Forstwirtschaft und Fischerei vorantreiben,
- sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Kommunen unter anderem durch eine Novellierung des § 35 Baugesetzbuch effektive Steuerungsmöglichkeiten etwa im Rahmen von Vorhaben der Intensivtierhaltung bekommen.

2.325 Wörter

Das LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* ist ein Zusammenschluss von über 120 Bürgerinitiativen und Verbänden aus Niedersachsen die sich gegen die Agrarindustrie und deren negativen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und für das Tierwohl einsetzen. Hinter dem Netzwerk stehen über 250.000 Menschen aus ganz Niedersachsen.